

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Ratsgruppe BUNT

An die Vorsitzende des Rates
Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 21.11.2018

AN/1667/2018

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	22.11.2018

Sozialer Arbeitsmarkt für Köln

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragssteller bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der Ratssitzung am 22.11.2018 aufzunehmen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Stadtverwaltung, das mit dem Bundesprojekt „MitArbeit“ zur Einführung eines Sozialen Arbeitsmarktes zur Verfügung stehende Instrument zügig zu nutzen. Arbeitsmarktferne Menschen in Köln sollen schnellstmöglich von den damit bestehenden Möglichkeiten profitieren und eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erhalten:

Die Umsetzung durch die Stadtverwaltung erfolgt dabei mit folgenden Maßgaben:

1. Zügige Beantragung der Fördergelder zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bei der Stadt Köln und den städtischen und stadtnahen Gesellschaften
2. Das Projekt „Stadtteilservice Lindenthal“ (u.a. Schul-Lotsenfunktion, Reinigungsdienste an Haltestellen) soll dabei als Vorbild dienen. Ziel ist es, im Rahmen des Sozialen Arbeitsmarktes dieses modellhafte Projekt auf das gesamte Stadtgebiet auszudehnen. Dabei sind insbesondere auch die Stadtteile zu berücksichtigen, in denen ein besonderer Entwicklungsbedarf besteht und die daher von einer Aufwertung ihres Erscheinungsbildes in besonderem Maße profitieren können. Ebenso sind geförderte Beschäfti-

gungsverhältnisse im Bereich der Bürgerhäuser und -zentren einzurichten. Bei allen Maßnahmen ist auf eine sozialräumliche Orientierung zu achten.

3. Der Soziale Arbeitsmarkt - wird zusätzlich zum bereits laufenden Projekt KomProArBeit in Köln eingeführt. KomProArBeit ist uneingeschränkt fortzuführen.
4. Seitens der Stadt Köln und des JobCenters sind lokale Wirtschaftsunternehmen durch geeignete Werbemaßnahmen auf das Bundesprojekt Sozialer Arbeitsmarkt aufmerksam zu machen und dafür zu gewinnen. Es soll zudem geprüft werden, ob Ausschreibungen städtischer Aufträge so gestaltet werden können, dass Unternehmen, die sich an dem Projekt beteiligen, Berücksichtigung finden („Dortmunder Modell“).

Begründung:

In einer sozialen Stadt hat jeder eine neue Chance verdient. In Köln gibt es immer mehr sozialversicherungspflichtige Jobs. Viel zu viele Menschen suchen aber schon sehr lange eine neue Arbeit, oft seit Jahren. Ohne Unterstützung haben viele von ihnen absehbar keine realistische Chance auf einen regulären Arbeitsplatz. Langzeitarbeitslosen Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keinen Job finden, wird eine neue Chance eröffnet, ihr Leben wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Dazu soll mit Hilfe des Bundesprojekts MitArbeit auch in Köln ein Sozialer Arbeitsmarkt geschaffen werden.

Für den sozialen Arbeitsmarkt werden den Jobcentern zusätzliche Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus ermöglicht die Regelung den Jobcentern den so genannten Passiv-Aktiv-Transfer: Damit können die Jobcenter-Leistungen in einen Lohnkostenzuschuss umgewandelt werden. Es wird also Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert. Langzeitarbeitslose, die mindestens sieben Jahre Leistungen der Jobcenter bezogen haben, sollen über das Instrument „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ neue Perspektiven bekommen. Das wird in das Zweite Sozialgesetzbuch eingefügt. Durch Lohnkostenzuschüsse für bis zu fünf Jahre werden sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in der Wirtschaft, in sozialen Einrichtungen und bei Kommunen gefördert. Ebenso werden dabei begleitende Coachings angeboten um langfristige Perspektiven zu eröffnen.

Für die Antragsteller ist klar: Alle Menschen müssen die Chance bekommen, durch ihre Arbeit für sich selbst sorgen zu können. Das schafft mehr Teilhabe und eröffnet neue Perspektiven. Es ist sozialdemokratische Politik für eine soziale Stadt.

Begründung der Dringlichkeit:

Unter dem Titel MitArbeit hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ein Gesamtkonzept zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit als Gesetzentwurf vorgelegt, der vom Bundestag am 7. November 2018 (Drucksache 19/4725) beschlossen wurde. Zum 1. Januar 2019 tritt das entsprechende Gesetz in Kraft. Um langzeitarbeitslosen Kölner*innen zu helfen, ihr Leben wieder in die eigenen Hände zu nehmen, muss der Soziale Arbeitsmarkt auch in Köln ab dem 1. Januar 2019 starten. Um der Stadtverwaltung eine ausreichende Vorbereitungszeit für die Umsetzung des Konzeptes zu verschaffen, ist der vorliegende Antrag in der Ratssitzung vom 22. November 2018 zu behandeln.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Thomas Hegenbarth
Sprecher Ratsgruppe BUNT